No. 606. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Montag, 28. Dezember 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt I, Nr. 10131–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Münzstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 34, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Ritzdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bornholmerstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Und Iswolski sprach . . .

Schon seit Wochen hatte der russische Minister des Auswärtigen Iswolski für die Rede Reklame machen lassen, die er über die auswärtige Politik Rußlands in der russischen Reichsduma halten wollte, und die Aufschlüsse über das Verhalten Rußlands in der Balkanfrage bringen sollte. Iswolski hat seine Rede am Freitag gehalten; wer aber von ihr irgendwelche sensationellen Enthüllungen erwartet hatte, ist grausam enttäuscht worden. Man ist nach der „großen" Rede Iswolskis so klug wie zuvor; sie bewegt sich in allgemeinen Wendungen und enthält nichts, was man nicht bereits früher aus den Aeußerungen der Presse und den Kundgebungen der Leiter der auswärtigen Politik der übrigen Mächte hätte entnehmen können. Wir heben aus der Rede Iswolskis die folgenden Sätze hervor:

Im Beginn seiner Rede erwähnte Iswolski das amerikanisch-japanische Abkommen, das er erfreut begrüßte, und erklärte, daß das englisch-russische Abkommen „in den persischen Wirren bereits eine sehr ernste Prüfung bestanden habe". Jede Verletzung der Integrität und Unabhängigkeit Persiens sowie Einmischung in die inneren Angelegenheiten liege Rußland durchaus fern. Eben diese Prinzipien lägen dem Abkommen mit England zugrunde, mit dem Rußland in den persischen Angelegenheiten in voller Einmütigkeit handle. Beide Staaten seien jederzeit bereit, Persien zu helfen.

Der Minister ging dann auf die Wiederherstellung der Konstitution in der Türkei ein. Der neuen türkischen Staatsordnung sei die Gleichberechtigung der christlichen und mohammedanischen Bevölkerung zugrunde gelegt. Der Minister betonte, daß auch auf der Balkanhalbinsel sich die Dinge offenbar günstig gestalteten. Es sei vielleicht ein erster Fall in der Geschichte, daß Rußland in seiner Aktionsweise gegenüber den Vorgängen in der Türkei auf die Einmütigkeit selbst derjenigen Mächte rechnen könnte, die früher Rußland gegenüber Mißtrauen und Mißgunst an den Tag gelegt hätten.

Der Minister ging hierauf auf die Angliederung Bosniens und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens über. Die Stimme der russischen Gesellschaft fordere dringend einen Protest der Regierung gegen die Annexion. Bezüglich der gegen ihn gerichteten Angriffe erklärte der Minister, wer von ihm einen scharfen Protest gegen die Annexion fordere, glaube offenbar, daß der russische Minister des Aeußeren in dieser Frage unabhängig von vorher eingegangenen Verpflichtungen handeln könne. Leider sei dem nicht so. Es sei nicht schwer, einzusehen, zu welchen für Rußland gefährlichen Folgen ein Protest geführt hätte. Einen Protest aber erklären, ohne die Absicht, ihn, wenn nötig, mit den Waffen zu unterstützen, sei der große politische Fehler, den er nicht habe begehen wollen. Die Stellung Rußlands, dem die Mehrheit der Mächte sich angeschlossen, habe von selbst auf den Gedanken einer Konferenz geführt. Der Konferenzgedanke gehe aber nicht von ihm, Iswolski, sondern von der Türkei als den unmittelbar Geschädigten aus. Nach Mitteilung des Inhaltes der jüngsten Zirkulardepesche an die Vertreter Rußlands bei den Signatarmächten wies der Minister sodann darauf hin, daß Rußland seit Beginn der Krisis nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit England und Italien im Einverständnis gehandelt habe. Die Türkei könne bei den Verhandlungen auf Rußlands Sympathien für ihre gerechten Forderungen rechnen. Rußland trete in die Verhandlungen ohne egoistische Absichten ein, und es werde auf die Wahrung des für alle nötigen Friedens bedacht sein. Mit warmer Teilnahme verhalte sich Rußland auch zu Bulgarien. Bulgarien habe allerdings gegen die eindringlichsten Ratschläge Rußlands gehandelt, doch könne Rußland nicht umhin, mit dem von ihm geschaffenen Bulgarien zu sympathisieren. Daher sei auch Rußland bemüht, ein gerechtes Abkommen zwischen Bulgarien und der Türkei möglichst schnell herbeizuführen. Der Minister sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß es sowohl in Rußland wie im Auslande ganz klar sein werde, daß Rußland keinerlei habsüchtige Zwecke verfolge und nur eine gesetzmäßige und friedliche Lösung der erwähnten Fragen anstrebe, wie sie der nationalen Würde Rußlands entspreche.

Die Debatte.

Nach dem Minister des Aeußeren Iswolski sprach der Sozialist Pokrovski, der wegen gotteslästerlicher Ausdrücke (!) während der nächsten drei Tage von den Sitzungen der Duma ausgeschlossen wurde. Darauf verließen die Sozialisten den Saal. Ferner hielt Graf Wladimir Bobrinski von der gemäßigten Rechten eine einstündige Rede in panslawistischem Sinne.

Die Abstimmung.

In der Abendsitzung sprach der Kadettenführer Miljukow, worauf die Duma gegen die äußerste Rechte und die Arbeitsgruppe 11½ Uhr nachts folgende Uebergangsformel zur Tagesordnung annahm:

Nach Anhörung der Rede des Ministers und mit dem Ausdrucke warmen Mitgefühls für die verwandten Slawenvölker und Staaten sowie in der festen Hoffnung, die Regierung werde alle Anstrengungen machen zur Wahrung ihrer gerechten Interessen mit allen friedlichen Mitteln, geht die Duma zur Tagesordnung über.

Darauf wurden die einzelnen Paragraphen des Etats des Ministeriums des Aeußeren beraten.

Nachdem der Minister des Aeußeren Iswolski in einer zweiten Rede Reformen im auswärtigen Dienst, wozu es aber einiger Zeit bedürfe, in Aussicht gestellt hatte, wurde der Etat des Ministeriums des Aeußern angenommen.

Belgrad, 27. Dezember. Wie verlautet, beschloß die Regierung, dem Antrage der österreichisch-ungarischen Regierung zuzustimmen, wonach die Gültigkeit des Handelsvertrages auf weitere drei Monate provisorisch verlängert wird.

Präsident Fallières überfallen.

Die Tat eines überspannten Royalisten.

Als der Präsident der französischen Republik Fallières am ersten Weihnachtsfeiertage seinen gewohnten Morgenspaziergang im Bois de Boulogne machte, wurde er von einem früheren Cafékellner Jean Mathis angefallen, ins Gesicht geschlagen und zu Boden gerissen. Aus Paris wird über diesen Ueberfall berichtet:

Der Präsident Fallières wurde am Freitag Vormittag, als er in Begleitung des Generalsekretärs Ramondou und seines Adjutanten Oberst Lasson spazieren ging, auf der Place de l'Etoile von einem Cafékellner namens Jean Mathis angesprochen. Mathis ergriff plötzlich den Präsidenten beim Hals und versuchte, ihm den Bart auszureißen, wurde aber sofort von den Herren Ramondou und Lasson festgenommen. Man fand bei ihm eine Medaille mit dem Bildnis des Generals Mercier, eine Medaille der Patrie française, die Karte eines gelben Syndikates und eine Sammlung Marken mit dem Bildnis des Herzogs von Orleans.

Mathis hatte schon seit mehreren Monaten Beziehungen zu royalistischen Comités. Seine Wirtin, die nichts von politischen Beziehungen wußte, erklärte, Mathis lebe in sehr geordneten Verhältnissen, bezahle regelmäßig seine Miete und suche Arbeit.

Der Ueberfall des Kellners Mathis auf den Präsidenten Fallières war so heftig, daß der Stock Fallières' entzweibrach. Doch verlor der Präsident keinen Augenblick seine gewöhnliche Ruhe und Kaltblütigkeit und setzte seinen Spaziergang fort, von dem er um 10½ Uhr ins Elysée zurückkehrte.

Die fixe Idee des Attentäters.

Mathis erklärte beim Verhör, er habe den Angriff auf den Präsidenten nach vorherriger Ueberlegung ausgeführt; er bedauere die Tat nicht und habe das Bewußtsein, eine Pflicht erfüllt zu haben.

Im Jahre 1906 hatte Mathis ein Erlebnis, bei dem er offenbar „einen Knacks" bekommen hat. Er hatte in einer Zeitung das Heiratsgesuch einer jungen Millionärin gelesen, die einen Mann aus dem Volke zum Gatten wünschte. Mathis meldete sich und erhielt den Besuch einer älteren Frau. Mathis zahlte von seinen Ersparnissen zunächst 500 Francs an die Vermittlerin, und nachdem er mit der „Millionärin" zusammengebracht war und sich in sie verliebt hatte, opferte er allmählich sein ganzes erspartes Geld, über 6000 Francs. Dann erhielt er eines Tages einen Brief, der ihm anzeigte, seine Braut sei in einem Bordelle von Paris plötzlich gestorben und bereits begraben. In heller Verzweiflung kaufte er Blumen und Kränze und fuhr sofort nach dem Kirchhofe hinaus. Unterwegs traf er in einem Wagen die tote Braut mit der guten Tante zusammen, beide in lachender Gesundheit. Nach diesem Schwindlerstreiche, der den beiden Gauerinnen Gefängnis eintrug, blieb Mathis noch eine Zeitlang im Dienst, gab aber vor einem halben Jahre seine Stellung auf. Seinen wenigen Bekannten erzählte er, daß er sich mit sozilogischen Studien beschäftigte. Worin diese Studien bestehen, lehren die Stöße von nationalistischen Zeitungen und Broschüren, die man in seinem Zimmer fand, und ein Heft, in dem er mit sauberer Schrift die schärfsten Artikel gegen den Präsidenten und das Ministerium eingetragen und registriert hatte. In dieser Einsamkeit ergriff die Idee von ihm Besitz, auf seine Art die Republik zu retten.

Sympathiekundgebungen für Fallières.

Sämtliche Minister und das Präsidium der Kammer begaben sich nach dem Elysée, um dem Präsidenten Fallières ihre Entrüstung über den Ueberfall auszusprechen. Die meisten Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger sprachen ebenfalls im Elysée vor.

Der deutsche Botschafter Fürst Radolin begab sich nach dem Ministerpräsidium und nach dem Ministerium des Aeußeren, wo er seiner Entrüstung über den Ueberfall auf den Präsidenten und seiner Sympathie für diesen Ausdruck gab.

Ueber ein eigenartiges Nachspiel,

das die Affäre hatte, wird noch aus Paris berichtet:

Auf Grund einer Verfügung des Untersuchungsrichters Jolid, der die Angelegenheit des Kellners Mathis behandelt, begab sich am Sonntag der Chef der Sicherheitspolizei Hamard in die Bureaus des Blattes „La Jaune", um dort eine Haussuchung vorzunehmen. Da er dort niemand antraf, legte er Siegel an. Später traf der Direktor des Blattes, der Deputierte Biétry in den Räumen ein und entfernte die Siegel wieder. Die Polizei hat die Siegel an den Räumen des Blattes wieder angelegt. Biétry erklärte, er werde sie abermals entfernen, um in sein Bureau gelangen zu können.

Biétry, der Obmann des sogenannten gelben Arbeitersyndikats, erklärte mehreren Berichterstattern, er habe die vom Untersuchungsrichter Jolid an seinen Bureautüren angelegten Siegel erbrochen, um gegen diese vom Untersuchungsrichter begangene offenkundige Gesetzesverletzung zu protestieren. Da die Kammer gegenwärtig in den Ferien weilt, genieße Biétry keine Immunität und könnte vom Zuchtpolizeigericht nach Artikel 252 des Strafgesetzbuchs zu Gefängnishaft von zwei Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt werden.

Schwer, aber glücklich.

Endlich hat sich in Portugal nach langem Harren ein neues Kabinett gebildet. Ein Telegramm aus Lissabon meldet: Nachdem auch der Progressist Sebastiao Telles die Kabinettsbildung abgelehnt hat, wurde der Justizminister de Campos Henriques im Kabinett do Amara, der zu den Regeneradores gehört, mit der Bildung eines neuen Konzentrationskabinetts betraut. Dieses ist folgendermaßen zusammengesetzt: Campos Henriques Präsidium und Inneres, Espre Gueiva Finanzen, Telles Krieg, Wenceslau Aeußeres, Luiz Castro öffentliche Arbeiten, Antonio Cabral Marine, Alarcao Justiz.

San Francisco, 26. Dezember. Der Zuckergroßindustrielle Spreckels ist gestorben.

Die Adreßdebatte

im türkischen Parlament.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, wurde in der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung der türkischen Deputiertenkammer bekanntgegeben, daß der Sultan die Wahl des Jungtürkenführers Ahmed Riza zum Präsidenten der Kammer bestätigt habe. Ahmed Riza bestieg darauf den Präsidentensitz und hielt eine Ansprache an die Kammer.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Entwurf der Antwortadresse auf die Thronrede unter die Abgeordneten verteilt. Es wurde beschlossen, den Entwurf zunächst in den Kommissionen zu prüfen und ihn heute zur Beratung im Plenum auf die Tagesordnung zu stellen. Ein Antrag, für die Zeit der Adreßdebatte die Presse von der Sitzung auszuschließen (!), wurde abgelehnt.

Der Entwurf der Antwortadresse

beschäftigt sich zunächst mit der Auflösung des ersten türkischen Parlaments und wendet sich dann in scharfer Sprache gegen die damaligen Ratgeber des Sultans. Zur äußeren Politik übergehend, bemerkt der Entwurf, daß die ganze Nation den Schmerz des Sultans über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annektierung Bosniens und der Herzegowina teile und fährt fort: die Kammer wird einer Politik der internationalen Freundschaft folgen, die Nation, die im Inlande die friedliche Umwälzung durchgeführt hat, wird der Welt zeigen, daß sie auch dem Auslande gegenüber unentwegt die Friedenspolitik verfolgen wird. Aus nächste Aufgabe der Kammer nennt der Entwurf die Regelung des Finanzwesens. Die Kammer werde dafür Sorge tragen, daß es nicht erlaubt sei, auch nur einen Pfennig aus der Staatskasse oder auch nur einen roten Para aus der Tasche der Steuerzahler im Widerspruch mit dem Budgetgesetz auszugeben. An weiteren Aufgaben nennt die Adresse die Sorge für die öffentliche Sicherheit, für Schulbauten, die Vermehrung der Verkehrsmittel, die Entwickelung von Handel, Industrie und Landwirtschaft, ferner die Neuorganisierung und Vermehrung des Heeres und der Flotte.

Eine regelrechte Schlacht

mit Verbrechern

hatte in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend die Moskauer Polizei auf der Insel Lossino bei Moskau zu bestehen. Aus Moskau wird darüber berichtet:

Eine Bande von Verbrechern hatte sich in einem zweistöckigen Hause verbarrikadiert. Als sich die Polizei dem Hause näherte, wurde sie mit Salvenfeuer empfangen. Aus Moskau herbeigerufene Verstärkungen umzingelten das Haus und unterhielten ein Gewehrfeuer, bis die Schüsse aus dem Hause aufhörten. Darauf suchte der Chef der Sicherheitspolizei mit Begleitung über den Boden in das Haus einzudringen. Er wurde jedoch wiederum mit Salvenfeuer empfangen und zum Rückzuge gezwungen. Um 1 Uhr nachmittags drang die Polizei in das Haus ein, fand dort aber nur einen Mann mit durchschossener Schläfe tot vor. Der Besitzer des Hauses ist verhaftet worden. Mehrere Polizeibeamte, darunter der Chef der Sicherheitspolizei, sind schwer verwundet. Ein Beamter ist seinen Verletzungen erlegen.

Das Blatt hat sich gewendet.

Castros Auslieferung in Sicht?

Die unblutige Revolution in Venezuela ist zu Ende. Der allmächtige Diktator Castro, der seine Zuflucht in Berlin gesucht hat, ist gestürzt. Ja, Castro hat seine Auslieferung an Venezuela zu gewärtigen, wenn sich die seitens der jetzigen Regierung von Venezuela gegen ihn erhobene Beschuldigung bestätigt, er habe in einem nach Caracas gerichteten Kabeltelegramm die Weisung erteilt, den Vizepräsidenten Gomez zu ermorden, der nach Castros Sturze an die Spitze der Regierung getreten ist. Aus Caracas, der Hauptstadt von Venezuela, wird berichtet:

Der bisherige Vizepräsident Gomez wird, wie man annimmt, die Auslieferung Castros verlangen, falls erwiesen wird, daß dieser der Absender des Kabeltelegramms ist, das die Weisung enthält, Gomez zu ermorden. Das Telegramm sagt, man solle der Schlange den Kopf zerschmettern und Caracas terrorisieren.

Die venezolanische Regierung hat ferner von Castro ein Telegramm erhalten, in dem er sie für den Fall, daß ein holländisches Schiff wieder vor La Guaira erscheinen sollte, auffordert, dieses mit einem venezolanischen Schiff anzugreifen.

Durch Erlaß der venezolanischen Regierung ist jetzt die Umladung der Waren im Verkehr mit Trinidad zugelassen, die Schiffahrt auf dem Flusse Meta freigegeben und das Transportmonopol für Salz abgeschafft worden. Die Bermudez-Asphalt-Kompagnie hat ihre Geschäftsräume in Caracas wieder geöffnet.

Die Präsidentschaft des bisherigen Vizepräsidenten Gomez ist im ganzen Lande anerkannt worden. Die Revolution hat ohne Blutvergießen geendet. Sogar der General Celestino Castro, ein Bruder des früheren Präsidenten und Chef des Departements Tachira, hat das Kommando über die Truppen abgegeben und alle Waffen mit Munition, über 6000 Gewehre und 3,000,000 Patronen, ausgeliefert. Dies ist als entscheidend dafür anzusehen, daß der frühere Präsident Castro nicht mehr als Machtfaktor gelten kann. Die Presse ist frei. Das Viehmonopol ist aufgehoben worden, die Grenzfrage mit Kolumbia geregelt und der Schiffsverkehr auf dem Zulia von und nach Kolumbia wiederhergestellt.

Wie aus Willemstadt, der Hauptstadt der holländischen Kolonie Curaçao, berichtet wird, ist der holländische Kreuzer „Gelderland" dort eingetroffen. Damit ist die niederländische Flottendemonstration förmlich beendet.